Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Informations- oder Friedensreise, welche der Generalsekretär der Vereinigten Nationen unlängst nach den Hauptstädten der Großmächte unternahm, hat allem Anschein nach nicht zum Erfolg geführt. Trygve Lie hatte ein ziemlich umfangreiches Friedensprogramm ausgearbeitet, und als wesentliche Punkte befanden sich darin die Zulassung kommunistischer Delegationen Chinas in die Organisationen der UNO, sowie eine Verständigung unter den Großmächten über die zahlreichen Gesuche um Neuaufnahme, die ja größtenteils schon jahrelang auf der Traktandenliste stehen. Durch die Annahme dieser und einiger anderer Vorschläge sollte ein erster Schritt zur Bereinigung der Atmosphäre getan werden, und auf dieser Basis sollten dann die weiteren Schritte erfolgen, die zur Beendigung des Kalten Krieges führen würden, wobei für die weiteren Verhandlungen regelmäßige Zusammenkünfte der Außenminister in den verschiedenen Hauptstädten, also auch in Moskau, vorgesehen waren. Anscheinend sind diese verschiedenen Vorschläge Trygve Lie's hauptsächlich in Moskau auf guten Boden gefallen, indes man sich in London und Paris einer ausgesprochenen Zurückhaltung befleißigte. Als aber dann am Ende Trygve Lie mit seinen Programmpunkten und mit der Botschaft ihrer günstigen Aufnahme in Moskau bei den amerikanischen Regierungsstellen erschien, war die Aufnahme dort ausgesprochen negativ. Auch waren die amerikanischen Pressestimmen in der Hauptsache ebenfalls durchaus ablehnend, und, nachdem nun einige Zeit seit dieser Reise verstrichen ist, läßt sich das endgültige Scheitern dieser an sich zweifellos guten Absichten nicht mehr in Abrede stellen.

Offensichtlich ist also die Zeit für eine Beendigung des Kalten Krieges noch nicht reif. Man mag es zwar begreifen, daß Moskau durchaus geneigt war, auf die Vorschläge einzugehen, die ihm in einem besonders wichtigen Punkte volle Genugtuung verschafften. Anderseits steht man in Washington durchaus auf dem Standpunkt, daß eine Beendigung der jetzigen Spannungen auf dem Wege irgendwelcher Konzessionen keineswegs opportun erschiene. Es besteht dort sicher die Überzeugung, daß ein solcher Weg unter keinen Umständen zum Ziele führen könne, und man ist deshalb entschlossen, die bisherige Politik weiterzuführen, welche eine immer größere Stärkung des gesamten Westens zum Gegenstand hat. Nur auf diese Weise glaubt man, die Russen am Ende zum Nachgeben zu bringen.

So ist die Entwicklung der letzten Wochen denn durchaus im Sinne einer weiteren Versteifung der beiden Positionen und einer starken Intensivierung ihrer Propaganda gelegen. Kennzeichnend dafür war das denkbar groß aufgezogene Pfingsttreffen der kommunistischen Jugend in Ost-Berlin, das zwar ohne irgendwelche wesentliche Störung der öffentlichen Ordnung verlief, aber seinem ganzen Charakter nach eine erkennbare propagandistische Wirkung erzielte. Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß es unzweckmäßig sei, diese Auswirkungen irgendwie zu

bagatellisieren. Es ist ihnen zwar, wenn man einer optimistischen Auslegung folgen will, insofern kein unmittelbarer Einbruch gelungen, als beispielsweise die jüngsten Wahlen in Nordrhein-Westfalen sogar einen ausgesprochenen Rückgang der kommunistischen Stimmen aufzeigen, aber man wird zweckmäßig die weiteren propagandistischen Auswirkungen dieser großen Aktion, der zweifellos noch weitere folgen werden, auf Westdeutschland mit seiner großen Zahl von Arbeitslosen im Auge behalten müssen.

Eine solche weitere Aktion in propagandistischem Sinne besteht in der jüngsten Verständigung der kommunistischen Gewerkschaften Frankreichs und Ostdeutschlands über den Kampf gegen die Fortsetzung der amerikanischen Rüstungshilfe und gegen den Schumanplan. Inwieweit dieser Aktion irgendwelcher direkter Erfolg zugesprochen werden kann, ist noch durchaus unsicher. Hier hängt natürlich die weitere Entwicklung in besonderem Maße ab von dem Erfolg, welcher den Verhandlungen beschieden sein wird, die über den Schumanplan nun eingeleitet wurden. Eine ganz wesentliche Auswirkung wird dabei, und darüber hinaus ganz allgemein, der Entwicklung zukommen, welche die Politik der britischen Regierung in der Folge charakterisiert. Dieser Punkt ist nach dem jüngsten kritischen Intermezzo in den französisch-englischen Beziehungen natürlich von ganz besonderer Bedeutung. Von seiner weiteren Abklärung hängt in hohem Maße die Beantwortung der Frage ab, inwieweit es dem Westen gelingen wird, den Kalten Krieg unter amerikanischer Führung erfolgreich durchzustehen. Dabei bleibt aber immer als Hauptvoraussetzung für diesen Erfolg ganz allgemein die Fähigkeit der westlichen Länder, den Kommunismus in ihren eigenen Reihen zu überwinden.

Jann v. Sprecher

Brief aus Triest

Dieser Tage waren es fünf Jahre, da nach einem kurzen jugoslawischen Interregnum das Gebiet von Triest den angloamerikanischen Truppen unter General Alexander übergeben wurde. Die Schreckensherrschaft der Tito-Partisanen war damit zu Ende — aber nach dem Abschluß des italienischen Friedensvertrages kam ein großer Teil Istriens erneut an Jugoslawien. Übrig blieb nur die Zone A, ein kleines Gebiet von 738 Quadratkilometern mit rund 310 000 Einwohnern — die Stadt Triest und fünf sie umgebende Landgemeinden.

Zehn Minuten fährt man mit dem Auto vom Hafen — und man steht im Süden der Stadt an der sogenannten «Morgan-Linie», die heute die Grenze zur Zone B bildet. Diese — zwar größer an Fläche, aber mit nur 73 000 Einwohnern — gehört wohl nicht zu Jugoslawien, doch steht sie unter Titos Verwaltung und ihr Sonderleben steht eigentlich nur auf dem Papier, denn auch hier ist jetzt der jugoslawische Dinar und das Einparteisystem eingeführt worden. Drohend blicken die jugoslawischen Panzersperren zum Triester Grenzposten herüber, der hier nicht viel zu tun hat, da es — infolge des völlig abgeholzten Niemandslandes — nicht einmal einen Schmuggel gibt.

Ebenso kurz ist die Fahrt nach Westen, über die Via Sistiana, einer breiten und modernen Höhenstraße, die auf Wunsch der Militärregierung an den Hängen der Karstberge angelegt wurde. Auf ihr spielt sich eigentlich — wenn man vom Meer absieht — der ganze Verkehr mit der Welt ab, denn die Grenzen zur Zone B

sind trotz der gewissen Entspannung seit Ausbruch des Konfliktes zwischen Tito und der Kominform nicht freundlicher geworden. Hier, im Nordteil, liegen auch die beiden wundervollen Meeresschlösser: Miramare, das im Leben des in Mexiko erschossenen Kaisers Maximilian eine so große Rolle spielte, und Duino, wo Rilke seine Elegien geschrieben hat. Heute dienen sie den beiden Militärgouverneuren als Wohnsitz.

Das politische Bild

der Stadt Triest ist sehr mannigfaltig. Wie in Italien dominieren auch hier die Christlichdemokraten, die letzthin fast 40 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten und daher auch den Bürgermeister Gianni Bartoli stellen. Daneben gibt es auch noch die Sozialisten, das MSI, die Monarchisten, Republikaner und die Liberalen. Als zweitstärkste Partei rangieren übrigens die Kommunisten, von denen sehr viele slowenischer Volkszugehörigkeit sind. Titos Anhängerschaft ist übrigens seit seinem Bruch mit Moskau in der Stadt sehr gering und seine Volksfront hat mit Mühe einen Vertreter erhalten können. Ein nicht zu unterschätzender Teil der Triestiner beider Nationen zeigt aber stark föderalistische Tendenzen. Man denkt in diesen Kreisen vielleicht an ein adriatisches Tanger, mit allen Vorteilen eines solchen Statuts und rechnet in wirtschaftlicher Hinsicht mit der Hilfe der Amerikaner und der Treue der Österreicher, die ja schon zu Zeiten, da Triest mit Venedig in ständiger Fehde lag, in Triest ihren Hafen sahen. Und schließlich war auch die Herrschaft des habsburgischen Kaiserreiches für Triest eine Epoche glücklicher und daher bis heute nicht vergessener Entwicklung. So kann man die Reminiszenzen vieler Triestiner besser verstehen. Überhaupt hat sich der jahrhundertealte Einfluß Österreichs und seiner Kultur im Stadtbild sehr stark ausgeprägt. An vielen Orten vermeint man, in einer Stadt der Alpenländer zu stehen, was noch durch zahlreiche deutsche Namen und dadurch unterstrichen wird, daß die deutsche Sprache überall verstanden wird.

Trotzdem Triest nach 1918 nur eine der vielen italienischen Hafenstädte wurde und daher an Bedeutung verlor, kann man *heute* die Feststellung machen, daß die Adriastadt nichts von ihrer maritimen Position eingebüßt hat — trotz ihrer jetzt sehr ungünstigen geopolitischen Lage.

Der Hafen floriert — aber nach 1952?

Der Triester Hafen ist heute kein toter Hafen mehr wie in den ersten Jahren nach Kriegsende, denn dank dem Marshallplan ist Triest zum Umschlagplatz aller Waren nach Österreich geworden und hat zweifellos auch durch den Konflikt Titos mit Moskau gewonnen, denn Ungarn und die CSR beginnen jetzt wieder Triest (gegenüber Rjeka-Fiume) zu bevorzugen. So hat der Hafenverkehr Ausmaße angenommen, die den Höchststand von 1913 fast erreichen und natürlich auch die Umschlagziffern in der italienischen Zeit weit übertreffen. Im vergangenen Jahr kamen 2,6 Mill. Tonnen Güter im Hafen an und verließen 1,8 Mill. Tonnen Triest per Bahn. Hauptsächlich handelt es sich um Nahrungsmittel aus Amerika und Holzlieferungen aus Österreich, das am ganzen Verkehr Triests (mit 66 %) den größten Anteil hat.

Auch die Schiffswerften sind jetzt wieder voll beschäftigt. Auf der Werft San Marco z. B. liegen drei 13 000 Tonner und ein 25 000 Tonner auf Stapel. Ähnlich ist es bei der Consulich-Werft in Monfalcone, auf der vor einigen Wochen erst ein anderes Motorschiff von 25 000 Tonnen fertiggestellt wurde. All' das wäre freilich ohne die großzügige Hilfe der ERP nicht möglich gewesen. Diese hat rund 13 Milliarden Lire für den Neubau von Schiffen zur Verfügung gestellt, was 40 % der Baukosten entspricht, während die Auftraggeber selbst nur ein Viertel der Bausumme aufbringen mußten.

Eine Frage der Zukunft ist es allerdings, ob und wie lange diese Konjunktur der Adriastadt noch andauern wird. Denn in zwei Jahren soll die Marshallplanhilfe zu Ende gehen und damit auch die Quelle des Segens für Triest versiegen. Man darf nicht vergessen, daß im Vorjahr fast die Hälfte der eingeführten Güter aus den USA kamen! Auf der anderen Seite aber ist Triest in den wieder aufstrebenden deutschen Häfen und in dem sich nun gleichfalls um Österreich bemühenden jugoslawischen Rjeka eine ernste Konkurrenz entstanden, die mit der Fertigstellung des Rhein-Donau-Kanals noch anwachsen wird. So kann man also die Sorge der Triestiner Kaufleute für die nächsten Jahre begreifen. Es wird für sie nicht leicht sein, in diesem Kampfe zu bestehen.

Brief aus Washington

Lange Zeit haben die Demokratien Westeuropas befürchtet, die Vereinigten Staaten könnten sich auf sich selbst zurückziehen, wie zur Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Dies war der Fall selbst als Roosevelt noch lebte und die amerikanische öffentliche Meinung mit großer Beredsamkeit zu den Vereinigten Nationen und zur internationalen Zusammenarbeit hinlenkte. Mit noch größerer Berechtigung darf man sagen, daß dies in den Jahren 1946 und 1947 der Fall war, als die diplomatische und militärische Denkweise Amerikas starke Rückzugstendenzen zeigte.

Heute hingegen sollte es denjenigen, die sich für amerikanische Belange interessieren, klar geworden sein, daß die Vereinigten Staaten mehr Anteil nehmen an allem was in Europa vorgeht, als je in einem Abschnitt ihrer Geschichte. Beweise dafür sind der Marshallplan, der Atlantikpakt und das militärische Hilfsprogramm. Aber es gibt noch mehr und neuere Beweise: in den letzten Wochen haben die hohen militärischen Führer der Vereinigten Staaten bei verschiedenen Gelegenheiten in öffentlichen Verlautbarungen mit Bestimmtheit klargestellt, daß sie

die Verteidigung Westeuropas

als Teil ihres militärischen Problems betrachten. Anders ausgedrückt: die Sicherheit der Vereinigten Staaten und die Sicherheit Westeuropas sind für sie zwei Aspekte eines einzigen Problems. Daß sie ihre Feststellungen in verhältnismäßig optimistische Worte kleideten, darf mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden.

Da das Ende der Marshallplanhilfe im Jahre 1952 sich nähert, hat man sich in Washington in der letzten Zeit auch mit der wirtschaftlichen Lage beschäftigt, die zu diesem Zeitpunkt zu erwarten ist, und mit den zu unternehmenden Schritten. Zu diesem Zweck hat Truman Gordon Gray mit dem Studium dieser Frage beauftragt. Gray war früher Armeeminister und ist einer der hervorragenden Beamten Washingtons. So werden also die Probleme Europas und der Vereinigten Staaten sowohl auf wirtschaftlichem wie militärischem Gebiet als Einheit behandelt.

Angesichts dieser Lage ist es kaum erstaunlich, daß

Schumans neuer Plan

zur Vereinigung der deutsch-französischen Kohlen- und Stahlindustrien hier meistenorts mit Applaus aufgenommen wurde. Schließlich hat Paul Hoffman, der Verwalter des Marshallplanes, seit einiger Zeit schon mit Zureden, mit Schmeicheln und mit jedem anderen ihm zur Verfügung stehenden Mittel sich bemüht, die wirtschaft-

liche Integration Westeuropas zu fördern. Der Schumanplan ist — wenigstens auf den ersten Blick — ein wichtiger Schritt in dieser Richtung.

Es ist wahr, daß einige Fragen beantwortet werden müssen. Viele Einzelheiten sind noch bekanntzugeben und die Bedingungen für ein deutsch-französisches Abkommen müssen noch festgelegt werden. Aber es besteht wenig Zweifel, daß Schuman den richtigen Weg beschritten hat.

Die amerikanische Regierung und weite Kreise der amerikanischen Geschäftswelt bestehen auf der Beantwortung der Frage, ob unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie sie im Schumanplan gefordert wird, nicht eine neue Form von Kartellbildung versteckt sei. Man versichert uns zwar, daß dies nicht der Fall sei, aber der sichere Beweis wird erst dann erhältlich sein, wenn alle Einzelheiten zu dem heute erst in großen Zügen vorliegenden Plan bekannt geworden sind.

Eine andere Frage dreht sich um Deutschland selbst. Es ist dies ein höchst komplexes Problem, bei dem die amerikanische Innenpolitik sowohl als auch Hauptfragen der Außenpolitik mitspielen. Allgemeine Übereinstimmung besteht hingegen mit Bezug auf einen Punkt: daß das Ende des traditionellen Mißtrauens zwischen Deutschland und Frankreich ein bedeutender Beitrag zur Befriedung der Welt wäre. Eine Frage, die auch weiterhin große Teile der öffentlichen Meinung beunruhigt, ist diese:

Was für ein Deutschland wird es sein?

Es werden weiter hitzige Debatten geführt über die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber. Das westliche Reich hat gewaltige Fortschritte gemacht zur wirtschaftlichen Genesung, und das trotz großen Hindernissen. Darüber besteht kein Zweifel. Aber hat das Denazifizierungs- und Demokratisierungsprogramm wirklich Früchte gezeitigt? Viele Amerikaner verneinen die Frage und sind dabei tief bekümmert. Daß ihre Befürchtungen wenigstens teilweise von einigen Regierungsbeamten geteilt werden, zeigte sich in den Reden, die McCloy kürzlich gehalten hat. Während man also anerkennt, daß die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit eine Vorbedingung für den Frieden ist und gleichzeitig dem russischen Druck entgegenwirkt, hat man anderseits das Gefühl, daß man vorsichtig sein müsse, damit nicht unser eifriges Bemühen, Schranken gegen das eine Ungeheuer zu errichten, uns dazu verleite, ein anderes wieder ins Leben zurückzurufen.

Gewisse Gefahren sind im Schumanplan zu erkennen. Es ist denkbar, daß die Deutschen sich im Laufe der Zeit als Produzenten den Franzosen überlegen zeigen und auf diese Art einen wirtschaftlichen Vorteil erlangen werden, der seinerseits zu einem Wiederaufleben der deutschen Militärmacht führen könnte. Aber wenn die Franzosen, die selber am meisten zu verlieren haben, dieses Wagnis auf sich nehmen wollen, sollten vielleicht die anderen auch willens sein, dieser Gefahr ins Auge zu blicken, umsomehr als die Ergebnisse eines erfolgreichen Schumanplanes so verlockend sind.

Es ist auch möglich, daß die Integration Westeuropas im Sinne des Schumanplans die kontinentalen Demokratien soweit stärken würde, daß sie sich weniger abhängig fühlen würden von der Hilfe der Vereinigten Staaten, daß sie sich freier fühlen würden hinsichtlich der Lockungen der

Philosophie der «Dritten Kraft»

und eine Art Neutralität nach dem Vorbild Schwedens anstreben würden im großen Streit zwischen West und Ost. Von wenigen bekannten Ausnahmen abgesehen, herrscht hier die Auffassung, daß eine derartige «Neutralität» eine Illusion wäre und daß jene, die für sie eintreten, unsanft aus ihren Träumen gerissen würden,

wenn es dem Kreml einfallen sollte, sich zum Handeln zu entschließen, sei dieses militärischer Natur oder mit den Mitteln, die in der Tschechoslowakei verwendet wurden. Die Tatsache, daß das deutsche Interesse für den Schumanplan etwas von der Philosophie der «Dritten Kraft» wiedergespiegelt hat, muß nachdenklich stimmen.

Irgendwelche wirtschaftliche Vereinbarungen der europäischen Mächte, welche die gegenwärtigen finanziellen Lasten der Vereinigten Staaten erleichtern könnten, würden dem amerikanischen Steuerzahler als ein Segen erscheinen. Wenn aber ein solches Heilmittel gleichzeitig diese Solidarität der antikommunistischen Kräfte schwächt, dann wäre das Ganze tatsächlich ein erbärmlicher Handel.

Schließlich kommen wir noch auf

das britische Problem.

Wie wir gesehen haben, zeigte die Regierung Seiner Majestät äußerste Kühle angesichts der ernsthaften Bemühungen Schumans. Das ist ohne Zweifel zum großen Teil dem Programm der Labourpartei mit seiner lückenlosen wirtschaftlichen Kontrolle zuzuschreiben. Aber anderseits spielt Großbritannien traditionsgemäß gerne eine lebenswichtige Rolle im kontinentaleuropäischen Geschehen, ohne sich allerdings als unmittelbarer Teilhaber zu binden. Es ist ziemlich unsicher, ob die Rückkehr der konservativen Partei zur Macht an dieser Einstellung viel ändern würde.

Obwohl die Kontinentalstaaten ihre Verhandlungen ohne den Vorteil der britischen Teilnahme begonnen haben, könnte es wohl sein, daß der eigentliche Sinn und Erfolg der Vorschläge Schumans von der Mitarbeit des Vereinigten Königreichs abhängen. Denn nach der Auffassung der meisten amerikanischen Beobachter muß Großbritannien in der europäischen Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Seine Beteiligung ist von größter Bedeutung für die wirtschaftliche Gesundheit Europas und für den Erfolg der Idee der atlantischen Gemeinschaft.

Die allgemeine Einstellung gegenüber dem Schumanplan ist in Washingtoner Regierungskreisen durchaus positiv, — trotz den hier angetönten Fragen und Problemen. Er verspricht wirklich, Europa Zielen entgegenzuführen, die in den Vereinigten Staaten als wünschenswert betrachtet werden. Wirklich herzlicher und uneingeschränkter Beifall kann dagegen erst dann gezollt werden, wenn weitere Einzelheiten und die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Frankreich und seinen Nachbarn bekannt geworden sind. Die Regierung Truman hofft bestimmt, daß die zukünftige Entwicklung es ihr ermöglichen werde, die geleistete Arbeit öffentlich gutzuheißen und vielleicht auch ihren Teil beizutragen, um den schließlichen Erfolg sicherzustellen.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

Ein Fünfjahresplan für die Verstärkung unserer Armee

Die von der *Schweizerischen Offiziersgesellschaft* (SOG) eingesetzte *Kommission für die Heeresreorganisation,* der eine Reihe qualifizierter Offiziere aller Waffengattungen angehören, hat umfassende Vorschläge ausgearbeitet, die in der außerordentlichen Delegiertenversammlung der SOG am 17. Juni behandelt wurden. Die Versammlung einigte sich auf die wesentlichen Grundzüge und stimmte einstimmig einer entsprechenden, in der Tagespresse im Wortlaut veröffentlichten Resolution zu.

Wir dürfen nicht vergessen, daß sich die heute etwa 21 000 Mitglieder zählende SOG in ihrer 117jährigen Geschichte immer wieder *um der Sache willen* eingesetzt hat. Die in unserer Armee erzielten Fortschritte wären ohne ihren Einsatz nie erreicht worden. Bei allen zur Abstimmung gelangenden Militärvorlagen leistete sie hingebungsvolle Aufklärungsarbeit. Frei von politischen Bindungen leitet sie jahraus jahrein die außerdienstliche Ausbildung der Offiziere und wirkt immer wieder belebend und anspornend. Sie ist aus unserem Wehrwesen nicht mehr wegzudenken. Sie lebt nur jener Pflicht, «die sich uns aus dem eigenen Innersten aufdrängt und uns nicht zur Ruhe kommen läßt, bis getan ist, was wir selbst von uns fordern» (Ernst Zschokke).

* * *

Wir geben das Exposé der Kommission auszugsweise wieder:

I.

Die *allgemeine Wehrpflicht* und unser *Milizsystem* haben sich bewährt. Auch die Armee der Zukunft kann auf den heutigen Grundlagen und mit den heutigen Ausbildungszeiten arbeiten. Gegenstand der Betrachtungen sind daher vor allem Fragen der *Bewaffnung* und *Organisation.*

II.

Wir leben in einer Zeit andauernder, militärpolitischer Spannung. Wir benötigen daher ein *Programm,* das *innert weniger Jahre die Schlagkraft der Armee* wesentlich erhöht. Alles nicht unbedingt Unentbehrliche muß ausgemerzt werden. Zeit, Beschaffungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und die Finanzierungsfrage zwingen hiezu. Das Programm muß auf lange Sicht eine Grundlage schaffen, die mit unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten in Einklang steht.

III.

Das *Ziel* unserer militärischen Anstrengungen ist die *Erhaltung unserer Freiheit und Unabhängigkeit.* Es wird am ehesten erreicht, wenn die Schlagkraft der Armee an sich einen allfälligen Gegner veranlaßt, auf einen Angriff zu verzichten. Dies wird aber nicht immer gelingen. Erfolgt ein Angriff, müssen wir den Angreifer zurückschlagen. Wir müssen diese Aufgabe *allein* bewältigen können. Gegenüber einem neuzeitlich ausgerüsteten Gegner können wir aber die Aufgabe mit unseren jetzigen Mitteln nicht mehr erfüllen.

IV.

Eine Verteidigung nur im Gebirge, unter Preisgabe wichtigster Teile des Landes, wird abgelehnt, weil wir so «die Aufgabe der Verteidigung unseres Landes und unseres Volkes nicht erfüllen». Eine Notlösung kann nicht zur Richtlinie unserer Landesverteidigung erhoben werden. In dieser Frage befindet sich die SOG in vollem Einklang mit unseren verantwortlichen Behörden.

V.

Wir brauchen eine Armee, die sich innerhalb unserer Landesgrenzen, trotz gegnerischer Luft- und Erdeinwirkung, bewegen kann, um ihre Kräfte dort zusammenzufassen und zur Wirkung zu bringen, wo der Angreifer die Entscheidung

sucht, wir sie ihm aber streitig machen müssen — an der Grenze, im Jura, im Mittelland oder in den Alpen. Das bedingt:

— Eine leistungsfähige Luftwaffe und eine starke Fliegerabwehr,
— eine besser bewaffnete, von Panzern unterstützte Infanterie und leichte Truppen,
— eine Artillerie, welche durch Feuerkonzentrationen die Masse der Infanterie in Verteidigung und Angriff unterstützt,
— eine starke, mit modernen technischen Mitteln ausgerüstete Bautruppe,
— eine modern ausgerüstete Nachrichten- und Übermittlungstruppe.

VI.

Die Erfordernisse hinsichtlich Artillerie, Nachrichten- und Übermittlungstruppe sind nahezu erfüllt. Bei der Fliegertruppe bildet die Beschaffung von Vampires einen guten Anfang. Die Infanterie, die leichten Truppen, die Fliegerabwehr und die Bautruppen entsprechen den Erfordernissen nicht. Die Panzerkampfwagen für die Verteidigung des Mittellandes fehlen.

VII.

Über die wichtigsten Waffen des Feldheeres wird gesagt:

1. *Radar* ist so unentbehrlich wie Telephon und Funk im zivilen Leben und zur Führung der Truppen im Kriege.
2. *Flieger.* Ein bewegliches Feldheer ist ohne Fliegerunterstützung nicht denkbar. 400 Flugzeuge sind das äußerste Minimum.
3. *Infanterie und leichte Truppen* müssen in engster Zusammenarbeit mit allen Unterstützungswaffen kämpfen und ihre Aktionen mit weniger Menschen, aber mit mehr Feuer durchführen.

   Panzer: Infanterie und leichte Truppen dürfen außerhalb des Gebirges nicht ohne Panzerunterstützung eingesetzt werden, denn in unserem Mittelland können feindliche Panzer fast überall kämpfen. Die Berechnungen führten zur Forderung von 420 Panzerkampfwagen. Trotz ihrer geringeren Eignung können aber fürs erste die vorhandenen 150 Panzerjäger von der Zahl 420 in Abzug gebracht werden, so daß als sofortiger Bedarf 270 Panzerkampfwagen, mit den dazu gehörenden einigen Dutzend Panzerspähwagen, gefordert werden.

   Stationäre Panzerabwehr: Pro Auszugsregiment eine Kompagnie mit leichten und schweren Geschützen.

   Das Verhältnis von Panzerkampfwagen und stationären Abwehrwaffen wird mit demjenigen von Fliegern und Fliegerabwehr verglichen.

   Schnellschießende Maschinengewehre.

   Die SOG gibt zu, daß Lagen denkbar sind, in denen *Reiter* verwendet werden können. Sie vertritt aber den Standpunkt, daß die *Kavallerie* heute ein Luxus ist, den wir uns nicht mehr leisten können. Sie fordert daher die Umwandlung der Dragonerabteilungen in Panzerbataillone.

4. Fortsetzung der *Umbewaffnung* der *Artillerie* in den Gebirgs- und leichten Brigaden.
5. Die *Fliegerabwehr* wird in einem Zukunftskrieg eine so wichtige Rolle spielen, daß eine Verminderung ihrer Bestände ausgeschlossen ist. Die Feldarmee braucht am dringendsten eine *wirksame Bewaffnung zur Abwehr von Tieffliegerangriffen.*
6. Die *Bautruppen* dürfen nicht reduziert werden.

7. Die *Nachrichten- und Übermittlungstruppe* ist als selbständige Truppengattung zu entwickeln.
8. Motorisierung der *Trains* der Felddivisionen.

Bei allen Entscheiden über Einzelfragen darf man das Ziel nicht aus den Augen verlieren: *Schaffung einer Feldarmee, die fähig ist, sich in unserem eigenen Land zu schlagen.* Es sind nicht viele kleinere oder billigere Verbesserungen zu verwirklichen, sondern einige wenige, aber ausschlaggebende Dinge kräftig durchzuführen. Reichen die Mittel nicht, um die ganze Feldarmee entsprechend auszurüsten, muß man wenigstens einen Teil der Heereseinheiten mit den notwendigen modernen Mitteln ausstatten und im übrigen etappenweise vorgehen. Die SOG schlägt die Festlegung eines *Programms* vor, das sich in *fünf Jahren* verwirklichen läßt.

VIII.

Die Aufgaben der ortsgebundenen Kräfte sind in engen Grenzen zu halten. Je weiter der Aktivdienst zurückliegt, umso mehr sinkt der Ausbildungswert der älteren Jahrgänge.

1. Die *Grenz-, Festungs-, Reduit-* und *Zerstörungstruppen* umfassen größere Bestände, als im allgemeinen angenommen wird.

   Der *Grenzschutz* soll im vorgesehenen, reduzierten Umfang beibehalten werden. — Die Aufgabe der *Territorialbataillone* darf nicht überspannt werden. — Die größte unmittelbare Unterstützung der Feldarmee bringen die *Zerstörungstruppen.*

2. Ein weiterer beträchtlicher Teil der ortsgebundenen Kräfte fließt dem eigentlichen *Territorialdienst* mit den ihm angeschlossenen Organisationen zu: *Luftschutz, Ortswehren* etc.

   Die Armee hat seit Kriegsende zahlreiche Aufgaben übernommen, die in den Bereich der zivilen Behörden gehören und im Kriegsfall von ihnen besser bewältigt werden können «als von einer sich über das ganze Land erstreckenden militärischen Territorialorganisation». Da die Armee im *eigenen Lande* kämpft, kann sie sich für alle territorialen Belange auf die bestehenden gut eingespielten örtlichen zivilen Behörden stützen. Die Aufstellung einiger qualifizierter Stäbe zur Koordination, Überwachung des richtigen Einsatzes und für Spezialaufgaben dürfte genügen. Im Kriegsfall müßten, analog den Eisenbahnen, eine Reihe ziviler Stellen militarisiert werden (Kantonsingenieure, Polizeikommandanten etc.). Der überorganisierte Territorialdienst mit seinen zahlreichen Zonen-, Kreis- und Regionsstäben sollte auf «angemessene Proportionen» zurückgeführt werden.

   Der einzig wirksame *Luftschutz* besteht in der Erstellung genügender Luftschutzräume, die vorhanden sein müssen, bevor der Krieg ausbricht. — Die notwendigen *Luftschutzbataillone* sind nicht aus Auszugsmannschaften zu bilden, sondern aus ortsansässigen Landwehr- und Landsturmmannschaften. Die «Rekrutierung» Diensttauglicher zum Luftschutz würde somit ungefähr im 37. Altersjahr durch Umteilung erfolgen.

   Die Aufgabe der *Ortswehren* wird neu umschrieben. Für Ausbildung und Ausrüstung sollen im Frieden keine Mittel bewilligt werden.

IX.

Das zu Gunsten der *permanenten Militärverwaltung* gestörte Gleichgewicht beeinträchtigt schon heute die Entwicklung des Feldheeres. Eine Weiterentwicklung in diesem Sinne hätte bedenkliche Folgen. Der Daseinsgrund der Militärver-

waltung ist immer Dienst an der arbeitenden Truppe und nicht Selbstzweck. Eine Prüfung der Militärausgaben zeigt aber die Bevorzugung der Verwaltungsdienstzweige. So sind im gegenwärtigen Budget 60 Mio für Bauten aller Art eingestellt, aber nichts für die notwendigen Unterstützungswaffen der Infanterie. In einem Kriege stehen jedoch die Zeughäuser und Einstellhallen leer.

Der Anschaffungspreis unserer Waffen ist zu hoch. Die Bestellungen erfolgen in zu kleinen Serien und die unnötig strengen Abnahmebedingungen treiben die Preise nochmals in die Höhe. Dank unserer stark entwickelten Industrie muß man sich allen Ernstes fragen, ob unsere kostspieligen Staatsbetriebe aufrecht erhalten werden sollen?

Die SOG schlägt daher vor: Einschränkung der staatlichen Werkstätten — Beschränkung der Schaffung von Prototypen auf das Notwendige — Unterstellung der Kriegstechnischen Abteilung (KTA) unter den Generalstabschef — Bestellung in großen Serien — Ankäufe von Kriegsmaterial im Ausland auf dem Wege von Kompensationen — Einfachere Gestaltung der für den Frieden bestimmten Bauten.

X.

Offenbar mußte auch das EMD die für die meisten öffentlichen Körperschaften übliche Budgetierungsmethode der ordentlichen oder Betriebsrechnung und der außerordentlichen oder Kapitalrechnung, der «Universalität des Budgets» zuliebe, aufgeben. Es muß jährlich die auf das betreffende Jahr entfallenden Tranchen bereits bewilligter Kredite wieder aufnehmen, begründen und wieder bewilligen lassen. Eine Entlastung der leitenden Beamten von dieser «Fron» wäre am Platz. Dieses System verunmöglicht auch das Arbeiten und Bestellen auf Jahre hinaus.

Angesichts der heutigen militärpolitischen Lage ist die große Mehrheit des Schweizervolkes sicher bereit, die notwendigen materiellen Opfer für die Landesverteidigung zu bringen. Die Bedenken gegen das Militärbudget entspringen vielfach dem Gefühl, daß unsere Armee, trotz der Höhe der Ausgaben, nicht über die Mittel verfügt, die ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe ermöglichen. Daher müssen die Bedürfnisse der Feldarmee ohne Umschweife dargelegt werden. Es muß gezeigt werden, daß die verlangten Kredite auf das Wesentliche gerichtet sind und im Budget alles wegfällt, was nicht zur Erhöhung der Kampfkraft beiträgt. Neben der Zusammenfassung der laufenden Bedürfnisse der Armee in einem ordentlichen Budget müssen die Ausgaben für die Beschaffung des notwendigen Materials über eine Zeitspanne von mehreren Jahren nach einem gesamthaft aufgestellten und vom Parlament bewilligten *Fünfjahresplan* gestaffelt werden.

Das Projekt der SOG enthält auch einen detaillierten, 1250 Mio umfassenden Finanzierungsplan. Es wird nachgewiesen, daß nicht jährlich 250 Mio als «zusätzliche Last» der bisherigen Budgets erforderlich wären, da die heutigen Budgets bereits große Posten aufweisen, die in das vorgeschlagene außerordentliche Budget gehören. Gemessen am Budget von 1950, würde die zusätzliche Mehrausgabe pro Jahr 160 Mio betragen [1]).

XI.

In einem weiteren Abschnitt folgen zahlenmäßige Belege für zum Teil auch schon von anderer Seite vorgebrachte Sparvorschläge: Verzicht auf den Wiederaufbau von Dailly — Abschaffung der Kavallerie — Herabsetzung der zu unterhaltenden Werke, bedingt durch die Reduktion der Grenztruppen — Wesentliche

---

[1]) Die Behauptung der «Berner Tagwacht» in ihrem Artikel «Landesverteidigung auf Pump?» (No. 119), die von einem außerordentlichen Militärkredit von 1,5 Milliarden sprach und sich dabei auf die «National-Zeitung» stützte, schießt somit über das Ziel hinaus.

Beschränkung der Bauten des «rückwärtigen Bauprogramms» — Einschränkung der Militärverwaltung — Verzicht auf die Ergänzungskurse für Territorialtruppen, soweit nicht Spezialisten in Frage kommen — Von Ausnahmen abgesehen, keine Kurse im Territorialdienst — Entfernung der sogenannten zivilen Ausgaben aus dem Militärbudget (vergl. Februarheft 1950, S. 695/696). Dadurch werden allerdings keine Ersparnisse im Gesamtbudget erzielt, man darf aber nicht die Armee mit diesen Ausgaben belasten.

XII.

Die SOG rechnet mit jährlichen Einschränkungen von 40—50 Mio, so daß der *zusätzliche Finanzbedarf* schließlich im Maximum 120 Mio betragen würde (160 Mio — 40 Mio).

Dies ist eine Ausgabe, die man «nicht nur verantworten kann, sondern verantworten muß». Man vergegenwärtige sich einmal die Situation unseres Landes bei einer Invasion. Die SOG spricht nicht vom menschlichen und seelischen Elend im Falle einer Niederlage, um sich nicht dem Schein einer Stimmungsmache auszusetzen, aber sie hält sich für verpflichtet, klar zu sagen, was sie für eine wirksame Landesverteidigung als notwendig erachtet, «damit wir jederzeit mit ruhigem Gewissen an unsere militärische Aufgabe herantreten können, auch dann, wenn wir sie unter erheblich ungünstigeren Umständen antreten müssen, als wir zu hoffen wagen».

Die SOG ist sich dessen bewußt, daß eine umfassendere Studie auch noch über die Kosten des *Betriebes* der skizzierten Armee Auskunft geben müßte, die im heutigen Umfang teurer zu stehen kommen wird als die jetzige Armee, «ein Grund mehr, alles irgendwie Entbehrliche abzustreifen».

* * *

Wir müssen der SOG dankbar sein für die aufbauende Arbeit, die sie mit ihrem Vorschlag auch jetzt wieder geleistet hat. Eine rasche Behandlung und weitgehende Berücksichtigung der auf das sorgfältigste überprüften Vorschläge wäre die schönste Anerkennung des verantwortungsbewußten Projektes.

An der Tagung des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes in Liestal am 7. Mai dieses Jahres sagte *Bundesrat Kobelt:*

«Es empfiehlt sich, so rasch als möglich durch eine große einmalige Kraftanstrengung außerhalb der normalen Militärkredite die Lücke zu schließen. Die Verantwortung für die Wahrung der Unabhängigkeit unseres Landes scheint uns schwerer zu wiegen als die finanziellen Bedenken».

Miles

Le souci de l'indépendance et de l'honneur dépasse, à nos yeux, le souci même de la vie.

Giuseppe Motta